

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

**Weil mir die Zukunft unserer Kinder
nicht egal ist!**

tEUrer Wahnwitz (Seite 3)

„Geld her“, Überfall!“ (Seite 4)

Erst den kleinen Finger, dann die ganze Hand! (Seite 5)

Wir arbeiten für die Brigittenau (Seite 6)

Solidarität in Rot-Weiss-Rot (Seite 8)

Undisziplinierte Hundehalter (Seite 10)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Moschee-Bau hat begonnen!



Ein Protest hat sich nur dann ausgezahlt, wenn dadurch die Allgemeinheit tatsächlich auf eine besondere Sache oder einen besonderen Umstand aufmerksam gemacht werden konnte.

Im Falle des türkisch-islamischen Kulturzentrums des Vereins ATIB in der Dammstraße 37 hat der Protest dieses Ziel sicher erreicht. Denn er hat zumindest eine Diskussion über ein Tabu in Gang gebracht, die äußerst notwendig war. Als 2007 bekannt wurde, dass an der Örtlichkeit eine Moschee errichtet werden sollte, plapperten viele Fürsprecher dieses Projektes, allen voran SPÖ-Bezirkspolitiker, mit skandalöser Ahnungslosigkeit, über Grundrechte, Religionsfreiheit und die wertvolle Bereicherung des Islam. Es war bis dahin nicht vorgesehen, die Tätigkeit islamischer Vereine zu hinterfragen.

Erst mit Gründung der „Bürgerinitiative Dammstraße“ konnte im Zuge des Protestes gegen den Moschee-Bau auf negative Auswirkungen, wie Lärm und Verkehr, aufmerksam gemacht werden. Und es kam zur Aufklärung zu Begriffen wie Moschee und Gebetshaus.

Dies führte in den folgenden Monaten und Jahren auch dazu, dass Experten den Protest gegen eine solche Einrichtung als legitim angesehen haben. Sogar die Angst davor sahen sie als begründet. Auch der Verein ATIB geriet in den Fokus von Ministerien, Behörden und Journalisten. Sogar Fernsehdiskussionen, die das Zusammenleben mit muslimischen Zuwanderern behandelten, wurden ausgestrahlt.

Nun befindet sich das Projekt in der Umsetzungsphase, denn die Bautätigkeiten haben begonnen. Es ist vermutlich auch eine Machtdemonstration von ATIB, dass dieser so umstrittene Bau entgegen aller Proteste und Einwände – an just dieser Stelle errichtet wird. Und dieses Verhalten ist es wiederum, das das Stirnrunzeln gegenüber ATIB rechtfertigt.

Diese „Integration“ muss scheitern!

Nicht nur wir Freiheitliche sehen in diesen Zentren die Schaltzentralen der türkischen Regierung, um auf ihre Auslands-Türken Einfluss nehmen zu können. Und die Bestätigung dafür kommt auch von türkischstämmigen Zuwanderern die teilweise gegen ihre Überzeugung ATIB-Moscheen besuchen und ihre Beiträge abliefern müssen. Dies wurde im Zuge des Protestes bekannt.

Obwohl diese Einflussnahme auch der ROT/GRÜNEN-Stadregierung bekannt sein muss, lässt sie die Errichtung dieser Zentren zu. Damit zeigt sie deutlich, dass ihr die Integration in Wien kein wirkliches Anliegen, sondern ein Wirtschaftszweig ist, um Genossen/-innen mit Posten und Ämtern zu versorgen. Für Integrationsmaßnahmen werden jährlich zig Millionen Euro von der Stadt Wien ausgegeben und Arbeitsplätze bezahlt.

Somit ist klar, dass Integration gar nicht funktionieren darf.

Bezirksparteiobmann
LAbg. GR Gerhard HASLINGER

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Der Schulschluss naht!



Wenn Sie diese Zeilen lesen, hat hoffentlich der lang ersehnte Sommer endlich begonnen. Aber selbst wenn das Wetter nicht passt, die Ferienzeit - und damit für die meisten auch die Urlaubszeit - ist gekommen.

Apropos Ferien, wissen Sie eigentlich, wie viele Schülerinnen und Schüler unsere Brigittenauer Volks- und Hauptschulen besuchen? Nun, zu Beginn des jetzt endenden Schuljahres 2012/13 waren es 4.199 Kinder in den 203 Klassen unserer 15 Pflichtschulen, davon 1.999 Mädchen und 2.200 Knaben. Nur mehr 816 – das sind lediglich 19,4 %, also nicht einmal mehr jede/r Fünfte – waren österreichische Kinder, die anderen 3.383 hatten eine nicht-deutsche Muttersprache!

Nach Herkunftsländern führten bei den Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache türkische Schülerinnen und Schüler (1.251 oder 29,8 %) vor jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien (952 bzw. 22,7 %), aus anderen Nationen stammten 1.180 und 250 waren sogenannte Integrationskinder (erhöhter Förderbedarf).

Diese Zahlen sprechen – wie man auf Deutsch so schön sagt – mehr als Bände, sowohl über die „Qualität“ der Familienpolitik unserer rot-schwarzen Bundesregierung als auch – und vor allem – über die ebenfalls von Rot und Schwarz (mit nachdrücklicher grüner Unterstützung!) betriebene, massive Zuwanderungspolitik.

Und diese Zahlen zeigen mehr als deutlich auf, wohin der Weg ohne eine deutliche Kurskorrektur führt, nämlich, über die Bildung von Parallelgesellschaften, hin zu einem radikalen Bevölkerungsaustausch.

Und Ihnen, liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer, muss klar sein, dass eine solche notwendige deutliche Kurskorrektur weder von Rot, Schwarz und Grün, aber auch nicht von den „Stronachianern“ zu erwarten ist, sondern lediglich von einer starken Freiheitlichen Partei, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Gausam



Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2013

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Chefredakteur: Michael Howanietz; michael.howanietz@fpoe.at; Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: FPÖ; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

tEUrer Wahnwitz

Einige Mittelmeerstaaten galten schon um 1900 als volkswirtschaftliche Problemkinder, wie in zeitgenössischen Büchern nachzulesen ist. Haben sie etwas aus ihren Erfahrungen gelernt? Hat Europa daraus gelernt? Nein und Ja. Nein, wenn die Frage lautet, ob die betroffenen Länder gelernt haben, sich auf hohem Niveau (Stichwort: Lebensqualität) wirtschaftlich selbst zu erhalten. Ja, wenn gemeint ist, wie man lernt gut von anderen zu leben.

Vor allem tun das Banken, aber auch Griechenland profitiert vom ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), also den Gaben und Haftungen anderer EU-Mitgliedsstaaten. - Auch von österreichischen Großgaben. Dafür hat Griechenland milliardenschwere Bestellungen im Militärbereich laufen, während Geberländer wie Österreich oder Deutschland, dank horrender Einsparungen, ihre militärische Selbstverteidigungsfähigkeit verlieren. - Die brauchen wir künftig nicht mehr? Man wird sehen...

Auch Zypern profitiert. Dabei müßte es den Zyprioten ohnedies gut gehen. In Zypern gibt es 575 Autobesitzer pro 1.000 Einwohner, in Österreich sind es

528. Hat man auf Zypern vor fünf Jahren 10.000,- Euro auf ein Sparbuch gelegt, sind diese heute real 11.170,- Euro wert. Hat man in Österreich vor fünf Jahren dasselbe getan, sind die Einlagen heute real nur noch 9.490,- Euro wert.

- Auch das durchschnittliche Netto-Haushaltsvermögen liegt in Zypern (266.900,- Euro), Griechenland (101.900,- Euro) oder dem auch-Krisenland Spanien (182.700,- Euro) weit über jenem in Österreich (76.400,-). Schlußlicht der Tabelle ist EU-Oberzahlmeister Deutschland mit 51.400,- Euro. An der Spitze steht Luxemburg mit 397.800,- Euro.

Ist Österreich also ein reiches Land? Sind die Wiener reich? Können sie sich das Parkpickerl problemlos leisten, das in Wien ein Vielfaches der gleichartigen Parkgenehmigungen in München oder Berlin kostet? Können sie sich problemlos Lebensmittel leisten, die in Wien, je nach Warengruppe, zwischen zehn und 120 Prozent teurer sind als in vergleichbaren deutschen Städten? Nein, die meisten Wiener fühlen sich nicht reich, sondern von der eigenen Regierung verkauft und von Brüssel abgezockt.

Aber es wird sie trösten, daß die Eurokraten dafür fette Gagen und satte Zulagen kassieren, teils unsinnige Dienstreisen um den halben Globus unternehmen, aus (von Steuergeldern gefüllten) vollen Weinkellern schlürfen, nicht selten in Luxushotels logieren, um Abermillionen peinliche Selbstbeweihräucherungs-Videos produzieren lassen und überhaupt wie die Maden im Speck leben.

Dafür geben die Wiener, neben ihrem Geld, gerne auch noch die österreichische Souveränität und Eigenstaatlichkeit auf. Dient doch einem guten Zweck!? 120 Millionen Europäer in Armut und sich dank Sparprogrammen da und dort abzeichnende Volksaufstände sind ja glaubwürdige Leistungsnachweise eines „Friedensprojekts“. Und wer eine rotgrüne Gebührenerhöhungs-Stadterregierung hat, dem erscheint auch Brüssel nicht mehr allzu abgehoben.



BR Michael Howanietz
Chefredakteur
Ansprechpartner für:
Umwelt, Bezirksentwicklung.

Weil mir die Zukunft unserer Kinder nicht egal ist!



Als freiheitlicher Politiker stelle ich mir immer wieder die Frage, ob Österreich tatsächlich noch als demokratische Republik regiert wird? Geht das Recht wirklich vom Volk aus? Vom Gefühl her handelt es sich für mich doch vielmehr um eine streckenweise diktatorisch geführte „Vetternwirtschaft“, der es um die

Versorgung von Lobbyisten und Parteifreunden, aber vor allem um den Erhalt der Macht geht. Einen besonderen Platz nimmt in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit dem politischen Mitbewerber, speziell der FPÖ, ein. Wider der Moral und des Charakters arbeiten alle Günstlinge des Systems, im Besonderen Vertreter der Medien, der Wirtschaft, der Glaubensgemeinschaften und natürlich der hohen Politik, bis hin zum Staatsoberhaupt, fleißig daran mit, uns Freiheitliche politisch zu vernichten.

Anstatt sich den aktuellen politischen Problemen zu stellen, versucht die mutlose SPÖVP-Bundesregierung die FPÖ mundtot zu machen. Die Krisen und Polit-Skandale werden schönegeredet oder mit der Befolgung von EU-Vorgaben gerechtfertigt. Viele Entscheidungen – sofern sie überhaupt getroffen werden – schaden dabei nachhaltig unserem Land. Auszugsweise seien hier die Schuldenpolitik und die Haftungen im Rahmen des ESM, sowie die Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sicherheits- und Zuwanderungspolitik erwähnt.

Für mich ist daher ganz klar, dass die künftige Bundesregierung unseres 83.871 Quadratkilometer großen Österreichs mit viel mehr Mut, rotweißem Selbstvertrauen und Entscheidungsfreudigkeit an die Arbeit gehen muss.

Die Nachrichten aus europäischen Ländern, z. B. zu den nächtelangen Unruhen in den Vororten der schwedischen Hauptstadt Stockholm, oder der Soldaten-Mord durch Islamisten in England zeigen, dass die richtigen politischen Entscheidungen zur rechten Zeit getroffen werden müssen. Dass Österreich unter dem Trichter der europäischen Asylpolitik liegt, haben die Votivkirchenbesetzer deutlich gemacht. Dafür gibt es Verständnis und Schlagzeilen. Aber für die Österreicher?

Aus diesen und vielen anderen Gründen werde ich mich für eine gerechte und respektvolle Politik in Österreich einsetzen, da mir die Zukunft unserer Kinder nicht egal ist.

Ihr
Bezirksparteiobmann
LAbg. GR Gerhard HASLINGER



Bericht einer Brigittenauer Geschäftsfrau:

Am 19.3.2013 betrat ein junger Mann mein Geschäft. Statt zu grüßen sagte er nur: „Überfall!“

Ich dachte ich hab mich verhört, blickte aber schon in den Lauf einer Pistole. „Nix reden, Kassa auf, Geld her!“ Ich sagte, dass ich nicht viel in der Kassa habe, da die meisten Kunden mit Kredit- oder Bankkarten bezahlen.

Ärgerlich sagte er darauf wieder: „Nicht so viel sagen, Geld her!“ Ich öffnete die Kasse und nahm einige 10-Euro-Scheine und ein paar 2-Euro-Münzen heraus.

Mit dem Geld in der Hand ging ich auf den jungen Mann zu, schaute auf die Pistole und dachte: Jetzt schießt er... War's das? Meine Gedanken waren bei meinen Kindern!

Da begann dieser „Mensch“ zu lachen und meinte, es war ja nur ein Scherz - so ähnlich wie versteckte Kamera! Das Geld nahm er nicht.

Die herbeigerufenen Kriminalbeamten (sehr freundlich, geduldig und verständnisvoll) wollten aber von einem „Scherz“ nichts wissen. Das war ein bewaffneter Überfall, ob ernst oder „Spaß“, es war ein Überfall.

Warum er das Geld dann doch nicht genommen hat, weiß niemand. War es ihm zu wenig? Tat ich ihm letztendlich leid? Die Beamten zählten einige Gründe auf. Aber Scherz war das sicher keiner!

Ich bin froh, dass mir nichts passiert ist, bin aber seither um einiges ängstlicher. Gott sei Dank haben wir jetzt eine Videoüberwachung. Natürlich nicht sichtbar.

Aber eine Frage bleibt: Wie tief ist unsere Stadt schon gesunken, dass jetzt schon kleine Modegeschäfte überfallen werden!

Gute Nacht Brigittenau! Gute Nacht Wien! Vor Jahren noch die sicherste Großstadt der Welt!

BR Elisabeth Sehner



Ein langjähriger Mieter der Wohnhausanlage Jägerstrasse 89 - 95 meldet bei Wiener Wohnen einen Defekt an seiner Wohnungstüre. Dieser entstand altersbedingt, durch den natürlichen, dauernden Gebrauch. Die Wohnungstür war leicht verworfen, Staub und Luft konnten in die Wohnung eindringen.

Angeichts der derzeitigen Heizungskosten sowie evidenter Sicherheitsprobleme, war ein Austausch unbedingt erforderlich.

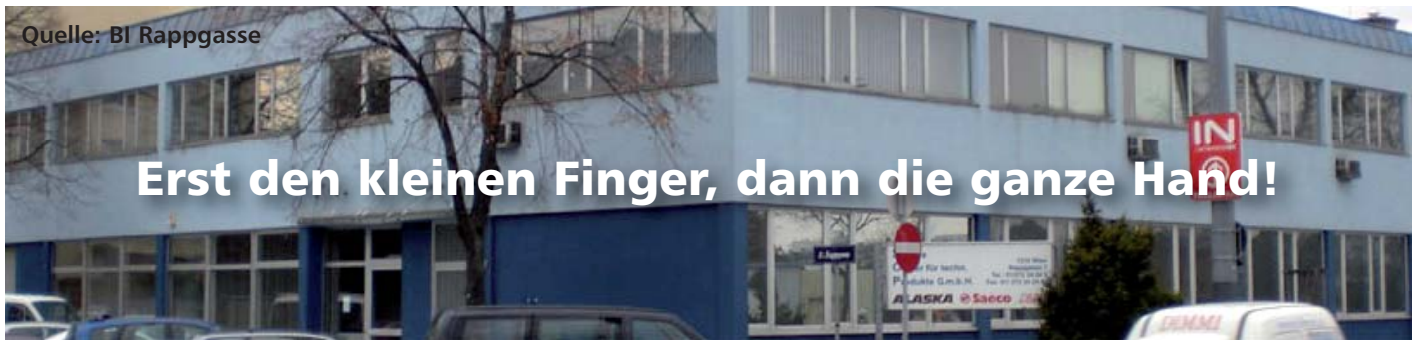
Die Erneuerung der Wohnungstüre wurde von Wiener Wohnen dennoch abgelehnt. Dem Mieter wurde lediglich ein Prospekt von geförderten Türen zugesandt, die selbst zu bezahlen wären.

Nach mehreren Telefonaten des Mieters mit Wiener Wohnen und mit Unterstützung der FPÖ konnte ein Besichtigungstermin mit dem Werkmeister von Wiener Wohnen erreicht werden. Nach der Besichtigung wurde dem Mieter eine neue Wohnungstüre zugesagt. Die Kosten der Wohnungstüre jedoch sollte weiterhin der Mieter übernehmen.

Durch meine Intervention und jene des FPÖ-Wohnungsbeirates Rudolf Schmid, konnte erreicht werden, dass Wiener Wohnen die Kosten zur Gänze übernimmt. Ein Erfolg für den betroffenen Mieter, dank Hilfe der **FPÖ**.



BR Alfred Pfeifer
Ansprechpartner für:
Bauausschuss, Verkehr,
Zivil- u. Katastrophenschutz



Erst den kleinen Finger, dann die ganze Hand!

In Floridsdorf passiert soeben das, was die engagierten Mitglieder der Bürgerinitiative Dammstraße in unserem Bezirk zu verhindern suchten.

In der eher stillen Rappgasse wurde beinhart ein Islamzentrum - gegen den scharfen Protest der Anrainer - durchgedrückt. Bauliche Mängel für eine derartige Nutzung wurden in der aufgelassenen Fabrik zwar festgestellt, mittels Geldhahn aber offenbar behoben.

Einige Anrainer, die es sich leisten konnten, haben die Flucht ergriffen, die anderen sehen jetzt der Tragödie zweiten Teil. In unmittelbarer Nachbarschaft, auf der Prager Straße, ist eine Islam-Schule geplant. Nicht, wie man meinen könnte, in einem weiteren aufgelassenen Geschäftchen, es geht um ein 7-stöckiges Gebäude!

Glaukt eigentlich irgendwer noch daran, dass in solchen Schulen, ebenso



21., Rappgasse

wie in den von uns finanzierten Kindergärten, die wie Pilze aus dem Boden sprießen, tatsächlich Integration gelehrt wird?


Nein, die Betreiber beginnen den Staat im Staat zu bilden und pfeifen auf „Vielfalt“, natürlich mit freundlicher Unterstützung der mit Blindheit geschlagenen Politik.

Cem Özdemir
Deutschtürke, Grünen-Partei-Vorsitzender, **Feind Deutschlands**



“Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen!”

Quelle: Cem Özdemir, die GRÜNEN, auf **türkisch** (!) in der in Deutschland erscheinenden Zeitung "Hürriyet" vom 8.9.1998, abgedruckt im Focus vom 14.8.1998



BR Susanne Chirkov
Ansprechpartnerin für:
Soziales, Jugend, SeniorInnen,
Frauen und Integration;
Kultur, Bezirksentwicklung.

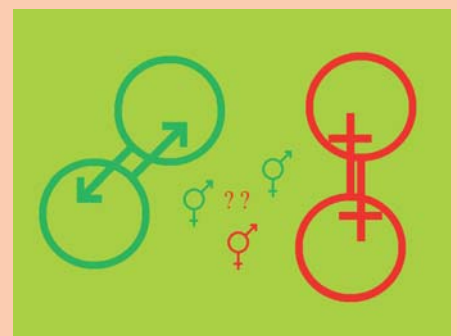
Laut SPÖ brauchen wir Familien nicht mehr!



Der designierte Spitzenkandidat der SPÖ in unserem Wahlkreis, SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim, freut sich, dass künftig auch schwule und lesbische Paare Kinder adoptieren dürfen sollen. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat gegen die an-

geblich „diskriminierenden“ Regelungen in Österreich entschieden. Nun sollte Herr Jarolim und seiner fortschrittlichen (ein Fort-schreiten von allen Grundwerten einer intakten Gesellschaft!) SPÖ bewusst sein, dass wir eine überalternde Gesellschaft sind, in der es zu wenige Kinder gibt. Vor diesem Hintergrund zu erklären: „Familienleben findet heute anders statt als früher!“ scheint mutig – oder besser: übermütig. Denn bis heute ist kein Fall eines homosexuellen Paares bekannt geworden, das Kinder in die Welt setzt und somit einen Beitrag zur biologischen Selbsterhaltung einer Gemeinschaft leisten könnte. Man sollte die Vater-Mutter-Kind(er)-Familie also nicht zu einem vor-

gestrigen Lebensmodell erklären und stattdessen eine familienpolitische Regenbogenparade inszenieren, die zwar manchen Minderheiten-Lobbys gefällt, die an der Lebensrealität der Österreicher aber um einige Lichtjahre vorbeigeht.



Wir arbeiten für die BürgerInnen von Brigittenau

Der Klub der 100er

Damit sind nicht Lebensjahre, sondern ein stolzes Lebendgewicht gemeint. Zu den bekennenden 100ern in den Reihen der FPÖ Brigittenau gehören BPO GR Gerhard Haslinger, BR Michael Howanietz, BR Wolfgang Sehner und BR Alexander Bartl. Breite Schultern allein reichen natürlich nicht, die Belastungspolitik der



LAbg GR **Gerhard Haslinger**
Bezirksparteiobmann
der FPÖ Brigittenau.
Im Gemeinderat zuständig für:
Integration, Frauenfragen, Kon-
summentenschutz und Personal.



BR **Michael Howanietz**
Stellv. Bezirksparteiobmann
der FPÖ Brigittenau.
Im Bezirk zuständig für:
Umwelt, Bezirksentwicklung,
Marktbeirat. Chefredakteur!



BR **Wolfgang Sehner**
Im Bezirk zuständig für:
Umwelt, Bezirksentwicklung,
Katastrophenschutz.
Redaktion-Klartext in Blau.



BR **Alexander Bartl**
Im Bezirk zuständig für:
Bauten, Finanzen.

Die Routiniers

BV Stv BR Herbert Grausam und BR Josef Eichmair sind – im positivsten Sinne – die Urgesteine der FPÖ Brigittenau.



BV Stv BR **Herbert Grausam**
Das „wandelnde Lexikon“ der Wiener Stadtverfassung sowie aller relevanten Geschäftsordnungen ist das unbestrittene Wissens-Fundament unserer Bezirksgruppe, zuständig für Arbeitsgruppe Kultur, Marktbeirat



BR **Josef Eichmair**
Der „Fleiß in Person“, springt ein, wo es personelle Lücken gibt und ist ein Aktivposten bei der „Außenarbeit“, zuständig für Zivil- und Katastrophenschutz, Bezirkskleingärten

Die Damen

BR Susanne Chirkow, BR Erika Landegger, BR Elisabeth Sehner BR Liliane Mosmüller und BR Flaminia Bettini.



BR **Susanne Chirkow**
Sie ist nicht nur Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Dammstraße, sie bringt auch in anderen Fragen den Mut auf, Positionen zu vertreten, die nicht dem Mainstream entsprechen, im Bezirk zuständig für: Soziales, Bezirksentwicklung, Kultur, Arbeitsgruppe Kultur, Marktbeirat.



BR **Erika Landegger**
2. Bezirksobmann Stellvertreterin, unsere umtriebige Organisationsreferentin ist unverzichtbarer Bestandteil unserer Fraktion, stets mit beiden Ohren beim Bürger, immer gutgelaunt und verlässlich, zuständig für: Bauten



BR **Liliane Mosmüller**, ist ebenfalls Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Dammstraße und unsere ebenso kompetente wie rührige Seniorenreferentin, zuständig für: Finanzen, Senioren.



BR **Flaminia Bettini** die ausgebildete Mediatorin bewährt sich als Brückenbauerin, wenn einmal heftiger debattiert wird, zuständig für: Umwelt, Soziales, Kultur



BR **Elisabeth Sehner**, ist eine aufmerksame Beobachterin des umweltbezogenen Geschehens im Bezirk, der keine noch so heimlich vorgenommene Baumrodung entgeht, zuständig für: Verkehr, Kultur

Die Praktiker

BR Alfred Pfeifer, BR Iraklis Gabrielidis



BR **Alfred Pfeifer** Berufsbedingt ein Praktiker, der auch in seinem politischen Handeln geradlinig denkt und agiert, zuständig für: Bauten, Zivil- und Katastrophenschutz.



BR **Iraklis Gabrielidis** ein Polit-Profi auf Bezirksebene, der sich kein X für ein U vormachen lässt, verlässlicher Prüfer auch komplexester Finanzakte, zuständig für: Finanzen, Verkehr

Die Jugend



BR **Dalibor Sumanski** ist unser Jugendbeauftragter, der sich redlich darum bemüht, Jugendliche – trotz der traurigen Darbietung vieler politischer Repräsentanten - für Politik zu interessieren, zuständig für: Verkehr, Soziales, Jugend.



BR **Jörg Enzfelder** der eifrige Sportler ist im Bezirk zuständig für: Jugend



BR **Zoltan Player** trotz junger Jahre ein altgedienter Bezirksfunktionär, der die Vorgänge in den Straßen des Bezirks sehr genau beobachtet, zuständig für: Verkehr, Kultur.



Für die Ausverkäufer von Schwarz, Rot und Grün ist es eine bittere Erkenntnis. Aber: die Österreicher zeigen unverändert eindrucksvolle Geschlossenheit, wenn es darum geht, das Eigene zu bewahren. Der geplante EU-Anschlag auf unser Wasser – die Wasserversorgung soll nach Plänen der EU-Kommission privatisiert werden – führte zu einer breiten Welle der Empörung und einer von den zuständigen Redaktionen kaum bewältigbaren Flut an Leserbriefen.

Der drohende Konkurs des Wiener Schwedenbomben-Herstellers rief eine Unzahl an Sympathiebekundungen und eine eindrucksvolle Solidarisierung mit dem Traditionsunternehmen hervor. Es kam zu Hamsterkäufen, die als Unterstützung gemeint waren und signalisieren sollten: wir lassen euch nicht hängen! Ihr gehört zu uns!

Wenn eine Naschware diesbezüglich auch nur Symbolcharakter aufweist: Solche nicht steuerbaren Ereignisse zeigen ganz klar, dass die Menschen in unserem Land aus eigenem Antrieb wissen, was sie ausmacht, und dazu stehen. Einem Bundeskanzler, der laut Wirtschaftsminister Mitterlehner die Weisung gegeben hat, der Wasser-Privatisierungs-Richtlinie in Brüssel zuzustimmen, sollte das Kopfzerbrechen machen. Denn Herr Faymann hat mit unserer Heimat andere Pläne, wie sich nicht zuletzt am peinlichen Verhandlungsergebnis anlässlich des EU-Budget-Gipfels gezeigt hat, das uns eine weitere Steigerung unserer Netto-Zahlungen an die EU beschert. Und wie sich an der von Herrn Faymann zu verantwortenden Politik generell zeigt, da hier Brüsseler Begehrlichkeiten stets vor den Interessen der Österreicher kommen.

Trotz Massenzuwanderung und den mannigfachen daraus resultierenden

Problemen, trotz Zwangs-Internationalisierung und fortschreitender Übertragung unserer staatlichen Souveränität an Brüssel, wissen Frau und Herr Österreicher, dass fester Stand nur auf dem Boden der Heimat möglich und diese Heimat damit um jeden Preis zu erhalten ist.

Mit Faymann, Spindelegger, Glawitschnig und Co ist das aber nicht zu machen.



Neulich im Bezirk Migrantenbevorzugung

Nicht nur bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzvergabe erfahren Zuwanderer mitunter eklatante Bevorzugungen gegenüber Österreichern. Jüngst wurde im Wartezimmer einer Fachärztin im Bezirk folgende Begebenheit beobachtet: ein Herr A., Immigrant unbekannter Herkunft, tritt vor die Sprechstundenhilfe um einen Termin für eine aufwendige Untersuchung zu vereinbaren. Darauf sie: Da müssen Sie aber 20,- Euro Einsatz hinterlegen, die Sie zurückbekommen, wenn Sie den Termin wahrnehmen. Herr A: Von mir bekommen Sie nichts. Ich habe kein Geld. Sprechstundenhilfe: Die anderen müssen diese Summe auch hinterlegen. Herr A: Ich bin A., nicht die anderen. Und ich komme zu dem Termin.

Das Ergebnis: Herr A. erhielt seinen Termin, ohne auch nur einen Cent Einsatz zu hinterlegen. Die älteren Damen und Herren im gut gefüllten Wartezimmer verhielten sich ruhig. Ohne Murren. Sie alle hatten für dieselbe Untersuchung die geforderte Summe hinterlegt. So schwer das manchen, in ihrer finanziellen Notlage, auch gefallen war. Frechheit siegt! wie man so schön sagt. Und die Neubürger zeigen den Wienern bei fast jeder Gelegenheit wie das im Alltag funktioniert.



Die Sicherheitslage eskaliert!



Immer mehr Kriminalität. Immer weniger Polizei. Dass dieses Ungleichgewicht zu Problemen führt, liegt auf der Hand. Im 2. und 20. Bezirk sollten, gemäß einer Vereinbarung zwischen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) 424 Polizisten im Dienst sein. Tatsächlich sind es 60 (!). Selbst das Jugendparlament des 20. Bezirks hat Bezirksvorsteher Hannes Derfler (SPÖ) nachdrücklich auf die Mißstände aufmerksam gemacht und die Häufung an Drogendelikten und Überfällen in den Grünanlagen der Brigittenau beklagt. Alleine, es ändert sich nichts, jedenfalls nicht zum Besseren. Und die SPÖ Brigittenau wird wohl auch 2013 ihren „Sicherheitstag“ abführen, um der Bevölkerung vorzuspielen, daß ohnehin alles in bester Ordnung sei. Das ist es nicht und die FPÖ fordert deshalb einmal mehr, Bezirksbewohnern und Wienern insgesamt endlich ihre Lebensqualität zurückzugeben, zu der maßgeblich auch ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl gehört.



erfüllt nur noch die Funktion des Gewinnbeschaffers. Rechts-, Gesundheits- und Sozialsysteme haben nicht mehr das individuelle Wohlergehen im Auge, sondern agieren nur noch als Reparaturwerkstätten der Fließbandroboter, die einmal die „Krone der Schöpfung“ waren.

Natürlich, alles das stammt aus einem fiktiven Roman und kein heute regierender Politiker dächte auch nur ansatzweise daran, derlei zu verwirklichen. Oder? Wozu braucht es eine EU, die mutmaßlich nur Probleme erzeugt statt sie zu lösen? Wozu braucht es einen ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), der den Staaten zu vielen anderen Hoheitsrechten auch noch die Verfügungsgewalt über die eigenen Budgets entzieht? Wozu braucht es Rettungspakete für Spekulanten, während den eigenen Bevölkerungen Sparpakete verordnet werden? Wozu braucht es eine „Freihandelszone“, die Großunternehmen Milliardenausgaben erspart, die dem europäischen Verbraucher aber wenig bringt, außer Wasser-Privatisierung, Gentechnik-Futter und fragwürdigste pharmaindustrielle Menschenversuche? Wozu braucht es immer mehr Eingriffe in die Privatsphäre der Menschen, immer dreisterer Angriffe auf die Bürger- und Freiheitsrechte? Wozu braucht es angedachter Überwachungen der Menschen in öffentlichen Einrichtungen und sogenannter Medienräte, die die Berichterstattung kontrollieren und sofort einschreiten sollen, wenn nicht Erwünschtes abgedruckt wird?

Natürlich, alles nur Verschwörungstheorien, ohne jede reale Basis.

Oder?

Während Bundeskanzler Werner Faymann einen EU-Beitrag für Österreich ausverhandelt hat, der vor allem eine Tendenz hat: er steigt!, gefällt sich Vizekanzler und Außenminister Spindelegger als Architekt eines neuen Staatsmonstrums. Die „Zukunftsgruppe“, aus der Herr Spindelegger seine Visionen bezieht, bastelt an den „Vereinigten Staaten von Europa“.

Damit müßten wir in Österreich nicht mehr über „Neutralität“ diskutieren, weil diese zusammen mit unserer Souveränität dahin wäre. Der Europa-staat wäre aber selbst nur die Vorstufe zu „größerem“. Denn mit der geplanten Freihandelszone der EU mit den USA zeigen die Globalisierungsbetreiber bereits die Richtung an, in die wir geführt werden sollen.

Natürlich haben wir nur diese EINE Welt. Aber wir haben auch Staaten, die immer noch Synonyme für Völker sind. Diese Nationen sind den Staats-Völkern Heimat. Im Sinne ihres Heimatrechts ist jede Form der Zusammenarbeit denkbar, die die friedliche Koexistenz der Staaten und Völker garantiert. Alles zwanghaft in ein monströses Konstrukt zu pressen ist dagegen das Ende der freien Existenz.

In diesem Herrschaftssystem der Banken, der Nahrungsmittel- und Treibstoffmonopole, in dem fortan milliardenschwere Konzerne bestimmen und die in deren Sold stehenden Medien das Glück des geeinten (westlichen) Weltvolkes bejubeln, das als Nutzvieh dieser Industrien schuftet und konsumiert, geht es nur noch um Profite. Der Mensch

SPÖ bleibt „offener Tür“ fern



Während FPÖ-Funktionäre (im Bild BR Erika Landegger) sehr wohl beim Tag der offenen Tür auf dem Allerheiligenplatz zu Gast waren, folgen SPÖ-Funktionäre dieser Einladung schon länger nicht. Sie halten sich überhaupt auffallend von diesem Grätzel fern, offenbar weil sie mit Anrainer-Beschwerden bezüglich Müll, Lärm, Geruchsbelästigung... nicht umgehen können.

Die Veranstaltung wurde aber von den Behörden der Stadtregierung bewilligt. Die dann aber, wie das Verhalten in den Bezirken zeigt, doch wieder zweispurig fährt, während die Freiheitlichen für alle Anrainer da sind.

Wir freiheitlichen sind für die Bewohner des 20. Bezirkes verantwortlich und zuständig. Und zwar für alle!



Undisziplinierte Hundehalter

In der Pappenheimgasse 18-22 gibt es seit längerem ein Problem mit uneinsichtigen Hundehaltern, die den Kot ihrer Tiere aus der Wiese nicht entsorgen und ihn einfach liegen lassen. Gestank und Fliegen sind die Folgen.

Einige Hundehalter können sich einfach nicht an die Regeln halten, die ein normales Zusammenleben ganz einfach machen. Auch Beschwerden bei Wiener Wohnen und dem Bürgerservice brachten keine Abhilfe. Obwohl sich neben dieser Grünanlage auch noch ein Kindergarten befindet, werden die Hunde ohne Beißkorb und Leine laufen gelassen. Welches Gefahrenpotential sich daraus entwickeln kann, kennt man aus vergangenen Angriffen von frei laufenden Hunden auf Kinder.

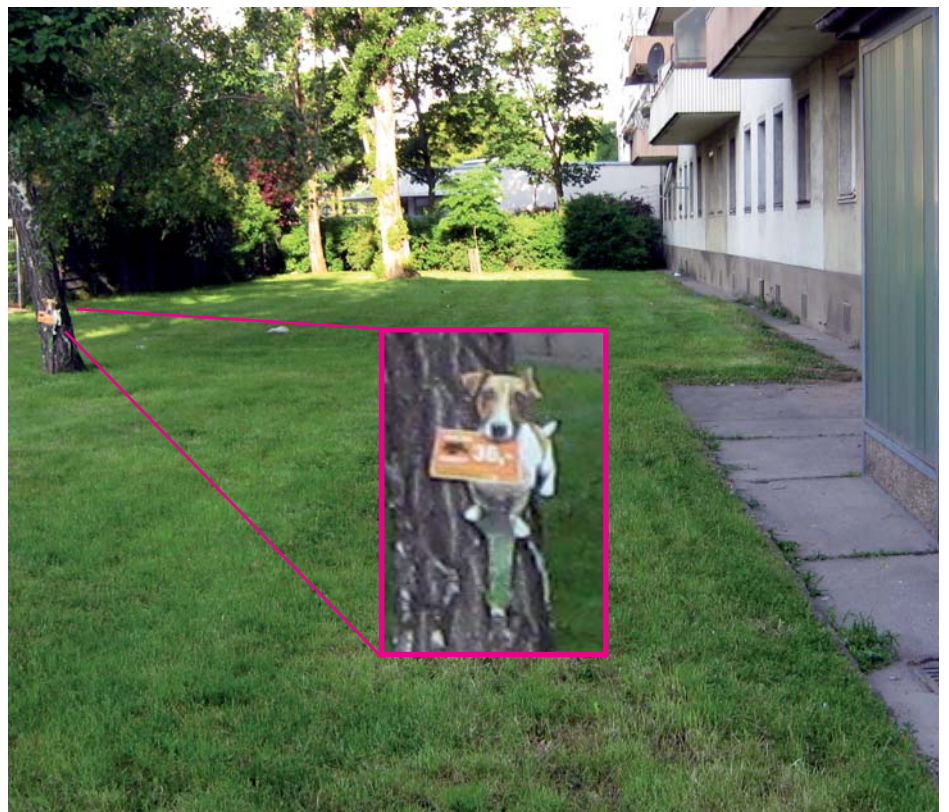
Nach Diskussionen der Mieter mit den uneinsichtigen Hundehaltern kam es öfters zu verbalen und tätlichen Angriffen auf die meist älteren Beschwerdeführer. Provokantes Verhalten, Lärmen und bespucken der Fenster im Erdgeschoss gehörten auch dazu. Einem Mieter wurde sogar Hundekot durch das offene Fenster in die Wohnung geworfen.

Man muss aber auch betonen, dass

sich die Mehrheit der Hundehalter an die Regeln hält und es keine Probleme gibt. Wo aber bleibt in einem Fall wie

diesem der Schutz der Mieter. Wo bleibt der Schutz der älteren Generation?

BR Erika Landegger, BR Alfred Pfeiffer



Impressionen vom 8.6.2013



Frauenstammtische-Rückschau



TERMINE:



Frauenstammtisch:

Donnerstag, **27.6.2013**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Wexstrasse/Burghardtasse 16
„Zum Tramway-Wirt“
Letzter Stammtisch vor der Sommerpause!

Weitere Termine:

Samstag, **14.9.2013**, **Blaues Fest**
Wallensteinplatz

Dienstag, **18.6.2013**, 19:30 Uhr
Konzert im Amtshaus

Seniorenstammtisch:

Jeden ersten Mittwoch um 16:00h, im Styria XX
Rauscherstrasse 5/Bäuerlegasse; 1200 Wien

Grundsätzliches

Die **FPÖ Brigittenau** hat nichts gegen geordnete, zahlenmäßig zumutbare, auf Integration der Neubürger abzielende Zuwanderung. In unserem Bezirk sind die autochthonen Österreicher aber bereits in der Minderheit. Und da das Heimatrecht der Wiener vor dem Gastrecht Fremder zu gehen hat, fordern wir einen Zuwanderungsstopp!

Die **FPÖ Brigittenau** fordert die Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Es kann nicht sein, dass sich alte Menschen nicht mehr aus dem Haus trauen, weil sie – die berechnete – Angst haben, überfallen zu werden. Es darf nicht sein, dass österreichische Kinder auf Spielplätzen und in Parkanlagen zu Mobbing-Opfern ausländischer Jugendbanden werden.

Die **FPÖ Brigittenau** fordert eine Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Bezirksbürger orientiert. Heute schließt die SPÖ die Brigittenauer Feuerwache. Morgen schließt die Post Filialen und demontiert Briefkästen. Übermorgen gibt es, zwischen Telefon-Shops und türkischen Supermärkten, keinen einzigen österreichischen Nahversorger mehr. Da spielen wir nicht mit!

Die **FPÖ Brigittenau** hat heute und morgen dieselbe Grundlage ihres politischen Handelns: die Bedürfnisse und Interessen der Brigittenauer! Wer will, daß ihm der 20. Bezirk Heimat bleibt, muß dem rot-grünen Ausverkauf eine deutliche Absage erteilen und der **FPÖ** die Chance geben, die Bezirksinteressen auch im nächsten Nationalrat zu vertreten.

Deshalb am 29.9.2013: FPÖ!

Zustelladresse: